



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der gegenwärtige Stand der Zollfrage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

der Verfasser hinarbeitet. Aber in der Ausführung des Einzelnen ist vieles Glänzende, und das Buch wird immer ein merkwürdiges Denkmal unsrer gegenwärtigen politischen Literatur bleiben.

### Der gegenwärtige Stand der Zollfrage.

Man ist in Deutschland an die Unschlüssigkeit der preussischen Regierung so gewöhnt worden, daß selbst nach dem entscheidenden Schritt, nämlich nach der Einberufung derjenigen Regierungen, die sich für das preussische Programm erklärt hatten, mit Ausschluß der Coalitionsstaaten, noch immer die Meinung verbreitet war, Preußen könne wieder zurückgeben. Wir wollen auch gern zugeben, daß eine correctere Form in den Verhandlungen hätte beobachtet werden können und sollen. Nachdem die Coalitionsregierungen den ihnen von der preussischen Regierung gestellten Präclusivtermin nicht eingehalten hatten, hätte ihnen preussischer Seits officiell angezeigt werden sollen, daß man demnach die vorbereitenden Unterhandlungen als abgebrochen betrachte. Mit Recht wird nun von den Coalitionsblättern darauf hingewiesen, daß nach dem 17. September kein neues Factum eingetreten ist, den Bruch zu motiviren. Ein blos stillschweigendes Abbrechen bestehender Verhandlungen dürfte aber mit den gewöhnlichen diplomatischen Formen nicht vereinbar sein. Wir geben, wie gesagt, diese Einwendungen gegen die Correctheit der Form gern zu, müssen aber behaupten, daß in der Sache damit nichts geändert wird, am allerwenigsten aber sind die Coalitionsblätter in der Lage, sich über Mangel an Form von Seite Preußens zu beklagen, da sie vorher Alles gethan haben, um die Ehre der preussischen Regierung mit Hohn und Spott zu überhäufen, und wenn auch eine verständige Regierung auf Formlosigkeiten der Presse nicht viel Gewicht legen wird, so lag hier doch ein ganz anderer Fall vor, da die Beleidigungen in Oestreich von einer abhängigen und inspirirten Presse ausgingen.

Allein diese diplomatischen Bedenken sind hier durchaus Nebensache. Das Ereigniß, welches jetzt eingetreten ist, mußte gleich zu Anfang der Conferenzen mit Bestimmtheit erwartet werden, wenn man nicht hätte annehmen wollen, daß auf der einen oder auf der andern Seite eine bloße Großsprecherei ohne allen Inhalt und allen Zweck stattfand. Die Sache liegt vielmehr jetzt so einfach und naturgemäß, daß man den kriegerischen Eifer der Coalitionsblätter gar nicht begreifen würde, wenn man nicht eben annähme, daß sie vorher blos auf Preußens Wankelmuth speculirt haben.

Preußen hat im September mit Hannover und Oldenburg einen Zollverein

abgeschlossen, zu welchem der Beitritt den übrigen deutschen Staaten vorbehalten sein sollte. Es waren die Bedingungen dieses Beitritts im Wesentlichen festgestellt, Modificationen wurden im Einzelnen vorbehalten. Nun bildete sich aber die Darmstädter Coalition, welche sich nicht nur unter einander, sondern auch gegen Oestreich verpflichtete, auf diese Bedingungen nicht einzugehen. Die Unterhandlungen konnten also nichts ausdrücken als eine Frist, die beiden Theilen gesetzt wurde, von ihren ehemaligen Verpflichtungen wieder zurückzutreten. Eine solche Frist muß ein Ende nehmen, und da vor Ablauf des gegenwärtigen Zolltermins nothwendiger Weise die ferneren Zollverhältnisse regulirt sein müssen, so kann man nicht sagen, daß das Ende zu früh herbeigeführt worden ist. Daß aber in dem Abbruch der Verhandlungen an sich keine Beleidigung liegen kann, liegt doch wol auf der Hand. Preußen hat den Antrag auf einen neuen Zollverein unter bestimmten Bedingungen gestellt, die Coalitionsstaaten finden es ihrem Interesse nicht angemessen, auf diese Bedingungen einzugehen, was soll denn also anders geschehen, als daß die beiden Theile zunächst versuchen, sich jeder für sich zu constituiren?

Das ist der Hauptpunkt, um den es sich gegenwärtig handelt. Für den Septembeertrag haben sich von den bisherigen Zollvereinsstaaten außer Preußen nur die thüringischen Fürstenthümer und die enclavirten Länder ausgesprochen. Diese Staaten werden also nun zunächst die Aufgabe haben, ihren Vertrag definitiv festzustellen, die durch den veränderten Umfang nöthig gewordenen Modificationen eintreten zu lassen und sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen den übrigen Staaten der Beitritt vorbehalten bleiben soll.

Auf der andern Seite muß die Coalition jetzt endlich aus ihrer negativen Stellung heraustreten. Ob sie sich bereits im Geheimen auf diesen Fall vorbereitet, ob sie für den neuen mittel- und süddeutschen Zollverein bereits ein Programm entworfen hat, ist uns nicht bekannt. Was in dieser Beziehung veröffentlicht worden ist, beschränkte sich meistentheils auf unbestimmt vorschwebende Eventualitäten. Darüber muß nun etwas Definitives festgesetzt, es muß dargestellt werden, wie die Schwierigkeiten der geographischen Lage, die namentlich für Sachsen so bedenklich erscheinen, überwunden werden können. Gelingt es, sie wirklich zu überwinden und einen Zollverein abzuschließen, der Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen und die beiden Hessen umfaßt, und der die Interessen der in diesem Raum vereinigten deutschen Völkerschaften besser wahr, als ein Zollverein mit Preußen, so werden wir ein solches Resultat zwar im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs und im Interesse der bisherigen Ordnung des Bestes, die durch eine solche Veränderung auf's Stärkste alterirt werden muß, lebhaft beklagen, aber wir sehen darin noch keinen Grund, den Landfrieden in Deutschland aufzuheben. Zwischen Preußen und Hannover hat bisher auch eine Zollgrenze bestanden, ohne daß auf der Grenze deshalb ein beständiger Guerillakrieg stattgefunden hätte.

Sollte sich aber als Resultat ergeben, daß ein mittel- und süddeutscher Zollverein mit allgemeiner Wahrung aller Interessen nicht abgeschlossen werden kann, — und wir müssen gestehen, daß wir dieses Resultat noch immer für das wahrscheinlichere halten — dann wird sich wol die Coalition auflösen und die einzelnen Staaten werden sich früher oder später dem preussischen Verein anschließen. Es scheint uns das im Ganzen der naturgemäße Weg, und der frühere Zollverein ist ja auch auf die nämliche Weise zu Stande gekommen.

Um aber das Verfahren Preußens zu rechtfertigen, muß man die Sache nicht lediglich vom commerciellen Standpunkt betrachten. Die Anträge der Coalition gingen, gewiß ohne daß sich die Urheber derselben darüber ein klares Urtheil gebildet hatten, geradezu darauf hinaus, Preußen unter die Botmäßigkeit Oestreichs zu bringen, das heißt, Oestreich eine Controle über die inneren preussischen Verhältnisse einzuräumen, ohne irgend welche Reciprocität. Nun sind wir zwar überzeugt, daß auch in commercieller Hinsicht Preußen im Ganzen betrachtet durch die neue Wendung nur gewinnen kann, allein selbst wenn das nicht der Fall wäre, so giebt es doch noch größere Interessen zu vertreten, als die commerciellen, und diese vor Allem im Auge zu behalten, war die Pflicht der preussischen Regierung.

Was aber die Coalitionsregierungen betrifft, so scheint jetzt, da die Etiquettefrage beseitigt ist, der Zeitpunkt eingetreten zu sein, wo sie die von ihnen vertretenen Interessen zu Rathe zu ziehen und sich bei kundigen Rath's darüber zu erholen haben. Wenn die Interessenten sich bisher eines Ausdrucks ihrer Ueberzeugungen enthalten haben, so konnten wir im Princip damit einverstanden sein, denn einzelne Interessen, so wichtig sie auch sein mögen, können bei Staatsangelegenheiten nicht einseitig den Ausschlag geben; aber es handelt sich hier doch nicht um eine gesetzliche politische Einwirkung auf die Regierung, sondern nur um eine Information, die der Würde der Krone keinen Eintrag thut, und deren Versäumniß später zu bitteren Folgen führen könnte.

---

## W o c h e n b e r i c h t.

**Neue Romane.** — **Moderner Jesuitismus.** Roman von Th. König, Verf. der „Reisebilder aus Ost und West.“ 2 Bände. Leipzig, Hermann Schulze. — Der Roman spielt in den letzten drei Jahren und beschäftigt sich mit sämmtlichen Wirren der Gesellschaft, der Politik, der Literatur &c. Er gehört also in die Klasse der modernen Titanen, der Matadore, der Ritter vom Geiste &c. Der historische Vorwurf ist eine Idee, die wir bereits in einem frühern Werke von Isidor Heller angetroffen haben, daß nämlich ein Theil des Jesuitenordens, und darunter gerade die einflußreichsten Mitglieder, sich von ihren alten Zwecken abgewandt und dem unbedingtesten Illuminatismus in die